Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/3660

Sachgebiet 57

Vorblatt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 21. Oktober 1971 zur Änderung des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (Gesetzentwurf der Bundesregierung)

A. Zielsetzung

Weitere Angleichung der Rechtsstellung der Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften an das deutsche Recht.

B. Lösung

In den Verhandlungen mit den sechs Entsendestaaten konnte gegenüber der derzeitigen Rechtslage ein beträchtlicher Fortschritt erzielt werden.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine zusätzlichen Kosten

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
53 Bonn-Bad Godesberg 1, Goethestr. 54, Postfach 8 21
Telefon 6 35 51

Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/3660

Sachgebiet 57

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/4 (I/3) — 379 41 — Ar 3/72

Bonn, den 17. Juli 1972

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 21. Oktober 1971 zur Änderung des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen

mit Begründung (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher, englischer und französischer Sprache und die Denkschrift zum Abkommen sind gleichfalls beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 382. Sitzung am 16. Juni 1972 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Im übrigen erhebt der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der Gegenäußerung (Anlage 3) dargelegt.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für besondere Aufgaben

Ehmke

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
53 Bonn-Bad Godesberg 1, Goethestr. 54, Postfach 8 21
Telefon 6 35 51

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 21. Oktober 1971 zur Änderung des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 21. Oktober 1971 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Abkommen zur Änderung des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1183, 1218) wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 4 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 4 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Abkommen zur Änderung des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen

Agreement to amend the Agreement of 3 August 1959 to Supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany

Accord modifiant l'Accord du 3 août 1959 complétant la Convention entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, en ce qui concerne les Forces étrangères stationnées en République fédérale d'Allemagne

DAS KÖNIGREICH BELGIEN,

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,

DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK,

KANADA,

DAS KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE,

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

IN DEM WUNSCHE, Artikel 56 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (im folgenden „Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut" genannt) und die Bestimmungen des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 56 Absatz 9 dem deutschen Recht soweit anzugleichen, wie es sich mit den besonderen militärischen Bedürfnissen der verbündeten Truppen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vereinbaren läßt,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Artikel 56 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut wird wie folgt geändert:

(1) In Absatz 1 Buchstabe a sind nach dem Wort „Dienstordnungen" die

THE KINGDOM OF BELGIUM,

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY,

THE FRENCH REPUBLIC,

CANADA,

THE KINGDOM OF THE NETHERLANDS,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND

and

THE UNITED STATES OF AMERICA,

DESIRING to adapt Article 56 of the Agreement of 3 August 1959 to Supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as the "Supplementary Agreement to the NATO Status of Forces Agreement") and the provisions of the Protocol of Signature re Article 56, paragraph 9, to German law to the extent compatible with the special military requirements of the Allied Forces in the territory of the Federal Republic of Germany;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

Article 56 of the Supplementary Agreement to the NATO Status of Forces Agreement shall be amended as follows:

1. In paragraph 1 sub-paragraph (a) the words "and shop agreements

LE ROYAUME DE BELGIQUE,

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,

LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,

LE CANADA,

LE ROYAUME DES PAYS-BAS,

LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD

et

LES ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE

DESIREUX d'adapter à la législation allemande l'article 56 de l'Accord du 3 août 1959 complétant la Convention entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, en ce qui concerne les Forces étrangères stationnées en République fédérale d'Allemagne (dénommé ci-après «Accord complétant la Convention OTAN sur le Statut des Forces») et les dispositions du Protocole de Signature ad article 56, paragraphe 9, dans la mesure où une telle adaptation peut être conciliée avec les besoins militaires particuliers des Forces alliées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne,

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

Article 1

L'article 56 de l'Accord complétant la Convention OTAN sur le Statut des Forces est modifié comme suit:

1. Au paragraphe 1, alinéa (a), il convient d'ajouter après les mots

Worte „und Dienstvereinbarungen" einzufügen.

(2) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

(a) Stellt ein deutsches Gericht für Arbeitssachen fest, daß das Arbeitsverhältnis durch eine Kündigung nicht aufgelöst ist, und hat ihm der Arbeitgeber in dem arbeitsgerichtlichen Verfahren erklärt, daß der Weiterbeschäftigung besonders schutzwürdige militärische Interessen entgegenstehen, so hat das Gericht von Amts wegen eine Abfindung für den Fall festzusetzen, daß die Weiterbeschäftigung abgelehnt wird. Diese Regelung gilt sowohl für das Kündigungsschutzverfahren als auch für sonstige Klagen auf Feststellung oder auf Leistung aus dem Arbeitsverhältnis. Die Höhe der Abfindung richtet sich nach dem deutschen Arbeitsrecht. Die Ablehnung kann nur darauf gestützt werden, daß der Weiterbeschäftigung besonders schutzwürdige militärische Interessen entgegenstehen; sie kann nur durch eine gegenüber dem Prozeßgericht unverzüglich, spätestens binnen 21 Tagen nach Zustellung des Urteils abzugebende schriftliche Erklärung der obersten Dienstbehörde erfolgen. Die Erklärung ist dem Gekündigten durch das Gericht zuzustellen. Mit der Zustellung der Ablehnungserklärung an den Gekündigten gilt das Arbeitsverhältnis als aufgelöst. Die Weiterbeschäftigung schließt die Einlegung eines Rechtsmittels gegen das Urteil nicht aus. Wird die Weiterbeschäftigung abgelehnt, so beginnt die Frist zur Einlegung eines Rechtsmittels, mit dem das Urteil hinsichtlich der Höhe der Abfindung angefochten wird, erst mit der Zustellung der Ablehnungserklärung an den Gekündigten.

(b) Oberste Dienstbehörde im Sinne dieses Absatzes ist die in der Bundesrepublik Deutschland gelegene höchste, für die Beschäftigungsdienststelle des gekündigten Arbeitnehmers verwaltungsmäßig zuständige Dienststelle.

(Dienstvereinbarungen)" shall be inserted after the words "decrees regulating working conditions Dienstordnungen)".

2. Paragraph 2 shall read as follows:

(a) If a German Labour Court decides that the contract of employment has not come to an end by notice to terminate, and if during the Labour Court proceedings the employer has declared to the Court that continuation of employment is precluded by military interests particularly worthy of protection, the Court shall fix ex officio the compensation payable in the event that the continuation of the employment is refused. This procedure shall apply to proceedings to obtain protection against dismissal (Kündigungsschutzverfahren) as well as to other actions for a declaratory judgment (Feststellungsklage), or for damages or specific performance (Leistungsklage) arising out of the contract of employment. The amount of compensation shall be determined according to the provisions of German labour law. A refusal to continue employment may only be based on the ground that continuation of employment is precluded by military interests particularly worthy of protection. Such a refusal must be submitted in writing by the highest service authority to the Labour Court without delay, and in any case, not later than twenty-one days after service of the court decision. The refusal shall be served by the Court upon the person under notice. Upon service of the refusal, the contract of employment shall be deemed to be terminated. Continued employment shall not preclude the filing of an appeal against the court decision. If continued employment is refused, the period prescribed for filing an appeal against the amount of compensation awarded shall not begin until the refusal has been served on the person under notice.

(b) The highest service authority within the meaning of this paragraph shall be the highest agency located in the Federal Republic of Germany that is administratively responsible for the employing agency of the person under notice.

« ordres de service (Dienstordnungen) » les mots « et accord de service (Dienstvereinbarungen) ».

2. Le paragraphe 2 est rédigé comme suit:

(a) Si un tribunal allemand du travail constate qu'un licenciement n'a pas mis fin au contrat de travail, et si l'employeur lui a fait connaître, au cours de la procédure, que des intérêts militaires particulièrement dignes de protection s'opposent à la continuation de l'emploi, le tribunal doit déterminer d'office le montant de l'indemnité à verser dans le cas où la continuation de l'emploi est refusée. Cette disposition s'applique aux instances fondées sur la protection contre les licenciements (Kündigungsschutzverfahren), ainsi qu'aux autres actions intentées en vue d'obtenir un jugement déclaratoire ou de déterminer une prestation découlant du contrat de travail. Le montant de l'indemnité est déterminé selon les dispositions de la législation allemande du travail. Le refus peut être fondé uniquement sur le motif que des intérêts militaires particulièrement dignes de protection s'opposent à la continuation de l'emploi; il ne pourra intervenir que sur présentation d'une déclaration écrite de l'autorité supérieure du commandement, à remettre au tribunal saisi de l'affaire dans le plus bref délai, et au plus tard dans les 21 jours suivant la notification du jugement. Le tribunal devra notifier cette déclaration à la personne licenciée. La notification de cette déclaration de refus à la personne licenciée met fin au contrat de travail. La continuation de l'emploi n'exclut pas la possibilité de faire appel du jugement. En cas de refus de la continuation de l'emploi, le délai de recours contre le montant de l'indemnité fixée par le jugement ne commence à courir qu'à partir de la date à laquelle la déclaration de refus aura été notifiée à la personne licenciée.

(b) L'autorité supérieure du commandement, au sens du présent paragraphe, est l'échelon de commandement le plus élevé, situé sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et exerçant une autorité administrative sur le service employeur de la personne licenciée.

(c) Dieser Absatz gilt nicht für die Mitglieder der Betriebsvertretungen.

Artikel 2

Das Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 56 Absatz 9 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut wird wie folgt geändert:

(1) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Dienststellen im Sinne des Personalvertretungsgesetzes vom 5. August 1955 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 477) — im folgenden als das „Gesetz" bezeichnet — sind die einzelnen Verwaltungsstellen und Betriebe einer Truppe und eines zivilen Gefolges in der Bundesrepublik Deutschland nach näherer Bestimmung durch die betreffende Truppe. Mittelbehörden sind die der obersten Dienstbehörde einer Truppe verwaltungsmäßig unmittelbar unterstellten Behörden, denen verwaltungsmäßig weitere Dienststellen nachgeordnet sind. Oberste Dienstbehörden sind die Hauptquartiere einer Truppe, wie sie von den entsprechenden Entsendestaaten näher bestimmt werden, und die die endgültige Entscheidung über Angelegenheiten haben, an denen die Betriebsvertretungen beteiligt sind.

(2) Absatz 2 Sätze 1 und 2 werden gestrichen; im verbleibenden Satz 3 werden die Worte „einer Bezirksbetriebsvertretung" durch die Worte „der Stufenvertretungen" ersetzt.

(3) Absatz 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

Der Dienststellenleiter kann sich bei Besprechungen mit der Betriebsvertretung durch eine Person vertreten lassen, die in der Leitung der Dienststelle verantwortlich tätig und zur Verhandlung mit der Betriebsvertretung in dem gleichen Umfange wie der Dienststellenleiter bevollmächtigt ist.

Die Sätze 2 und 3 werden gestrichen.

(4) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

Von der Anwendung der Vorschriften des Gesetzes über die Wählbarkeit zu einer Betriebsvertretung, die die Dauer der Zugehörigkeit zu Dienststellen betreffen, kann Abstand genommen werden, soweit zwischen der Mehrheit

(c) This paragraph shall not apply to members of works councils (Betriebsvertretungen).

Article 2

The Protocol of Signature re Article 56, paragraph 9, to the Supplementary Agreement to the NATO Status of Forces Agreement shall be amended as follows:

1. Paragraph 1 shall read as follows:

The individual administrative units and establishments (Betriebe) of a force or of a civilian component as set up in the territory of the Federal Republic of Germany and defined by the force concerned shall be agencies within the meaning of the Personnel Representation Law (Personalvertretungsgesetz) of 5 August 1955 (Bundesgesetzblatt Teil I, page 477), referred to in this Section as "the Law". Those headquarters which are administratively immediately subordinate to the highest service authority of a force and to which other agencies are administratively subordinate shall be the intermediate authorities. The highest service authority shall be the headquarters of a force, designated by the sending State concerned, exercising final authority over matters that are subject to works council participation.

2. The first and second sentences of paragraph 2 shall be deleted; in the third sentence the words "of a district works council" shall be replaced by the words "of a works council above the local level (Stufenvertretung)".

3. The first sentence of paragraph 3 shall read as follows:

In discussions with the works council, the head of the agency may be represented by a person holding a responsible position in the management of the agency and authorized to negotiate with the works council to the same extent as the head of the agency.

The second and third sentences shall be deleted.

4. Paragraph 4 shall read as follows:

Application of those provisions of the Law which govern eligibility for works council office, and relate to length of employment with an agency, may be waived if so agreed by the majority of employees of a given agency and the

(c) Les dispositions du présent paragraphe ne sont pas applicables aux membres des conseils d'entreprise (Betriebsvertretungen).

Article 2

Le Protocole de Signature ad article 56, paragraphe 9, de l'Accord complétant la Convention OTAN sur le Statut des Forces est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est rédigé comme suit:

Sont considérés comme services, au sens de la Loi sur la Représentation du Personnel (Personalvertretungsgesetz) du 5 août 1955 (Bundesgesetzblatt 1955 Teil I, page 477), dénommée ci-après «la Loi», les différentes unités administratives et les établissements (Betriebe) d'une force ou d'un élément civil en République fédérale d'Allemagne, tels qu'ils sont déterminés par la force intéressée. Les Etats-Majors immédiatement subordonnés sur le plan administratif à l'autorité supérieure du commandement d'une force et qui exercent une autorité administrative sur d'autres services, sont les autorités intermédiaires. Les Quartiers-Généraux tels qu'ils sont déterminés par l'Etat d'origine intéressé, et auxquels appartient la décision définitive dans les questions auxquelles participent les conseils d'entreprise, sont les autorités supérieures du commandement.

2. Les première et deuxième phrases du paragraphe 2 sont supprimées; dans la troisième phrase, qui subsiste, les termes «d'un conseil d'entreprise de district» sont remplacés par les termes «de la représentation du personnel à un niveau plus élevé qu'à l'échelon local».

3. La première phrase du paragraphe 3 est rédigée comme suit:

Le chef de service peut se faire représenter, dans les pourparlers avec le conseil d'entreprise, par une personne occupant un poste de responsabilité dans la gestion du service et qui dispose, pour négocier avec le conseil d'entreprise, de la même habilitation que le chef de service.

Les deuxième et troisième phrases sont supprimées.

4. Le paragraphe 4 est rédigé comme suit:

Si un accord intervient à cet effet entre la majorité des salariés et l'employeur, il peut être renoncé à l'application des conditions de durée d'emploi dans un service, prévues par la loi sur l'éligibilité à un conseil d'entreprise. Les élec-

der Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber hierüber eine Verständigung herbeigeführt wird. Wahlberechtigte, die das Wahlrecht für den Deutschen Bundestag wegen des Fehlens der deutschen Staatsangehörigkeit nicht besitzen, sind beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen wählbar, wenn sie drei Jahre im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bei dem gleichen Entsendestaat beschäftigt gewesen sind.

head of such agency. Persons entitled to vote in works council elections, but not possessing the voting right for the German Bundestag for lack of German nationality, shall be eligible for works council office if they meet all other requirements and have been employed for three years by the same sending State in the territory of the Federal Republic of Germany.

teurs qui n'ont pas le droit de vote aux élections législatives fédérales, du fait qu'ils ne possèdent pas la nationalité allemande, sont néanmoins éligibles s'ils remplissent les autres conditions, pour autant qu'ils justifient de trois années de service auprès du même Etat d'origine sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(5) Die Absätze 5 und 12 werden gestrichen, die Absätze 6 bis 11 erhalten die Ziffern 5 bis 10.

5. Paragraphs 5 and 12 shall be deleted and paragraphs 6 to 11 inclusive, shall be renumbered as paragraphs 5 to 10 inclusive.

5. Les paragraphes 5 et 12 sont supprimés et les anciens paragraphes 6 à 11 deviennent les paragraphes 5 à 10.

(6) In Absatz 5 Satz 2 werden die Worte „der höchsten Behörde" durch die Worte „der obersten Dienstbehörde" ersetzt.

6. In paragraph 5, sentence 2, the words "highest authority" shall be replaced by the words "highest service authority".

6. Au paragraphe 5, deuxième phrase, les mots «l'autorité supérieure» sont remplacés par les mots «l'autorité supérieure du commandement».

(7) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

7. Paragraph 6 shall read as follows:

7. Le paragraphe 6 est rédigé comme suit:

(a) Das im Gesetz vorgesehene Mitbestimmungsrecht findet Anwendung bei

der Durchführung der von der betreffenden Truppe vorgesehenen Berufsausbildung und

der Verwaltung der ausschließlich für die zivilen Arbeitskräfte unterhaltenen Wohlfahrtseinrichtungen.

Es findet ferner Anwendung bei

der Festlegung des Beginns und des Endes der täglichen Arbeitszeit und der Pausen,

der Festlegung der Zeit und des Ortes der Auszahlung der Arbeitsentgelte und

der Aufstellung des Urlaubsplanes,

soweit der Mitbestimmung im Einzelfall nicht zwingende Gründe der Erfüllung der Verteidigungspflichten der Truppe entgegenstehen; über das Vorliegen solcher Gründe entscheidet im Streitfalle die oberste Dienstbehörde durch schriftliche, dem Vorsitzenden der betreffenden Betriebsvertretung zuzustellende Erklärung.

(a) The rights of co-determination provided for in the Law shall be applicable with respect to:

the implementation of vocational training schemes established by the force concerned, and

the management of welfare facilities maintained exclusively for civilian labour.

They shall also be applicable with respect to:

the establishment of the beginning and end of daily work hours and breaks,

the determination of the time and place of payment of earnings, and

the drawing up of the leave plan,

to the extent that in a given case no compelling reasons exist making the exercise of those rights incompatible with the fulfilment of the defence responsibilities of the force; in the case of disagreement as to whether such reasons exist, the highest service authority shall decide on the matter and transmit a written statement of its decision to the chairman of the works council involved.

(a) Le droit de codécision prévu par la Loi est applicable dans les domaines suivants:

la formation professionnelle prévue par la force intéressée;

la gestion des institutions sociales fonctionnant exclusivement au profit de la main-d'oeuvre civile.

Il est, en outre, applicable pour:

la fixation des heures de début et de fin du travail journalier, y compris les pauses,

la fixation de la date et du lieu de paiement des rémunérations, et

l'établissement du plan des congés,

pour autant que, dans un cas particulier, des motifs impérieux inhérents à l'accomplissement des missions de défense de la force ne s'y opposent pas; en cas de désaccord quant à l'existence de tels motifs, l'autorité supérieure du commandement décide et fait connaître sa décision par déclaration écrite au président du conseil d'entreprise intéressé.

(b) In den übrigen im Gesetz vorgesehenen Fällen der Mitbestimmung sowie in den Fällen, in denen nach Buchstabe a Satz 2 die Mitbestimmung entfällt, findet das Mitwirkungsverfahren Anwendung.

(b) In other cases of co-determination provided for in the Law as well as in those cases where the rights of co-determination are not applicable by virtue of the second sentence of sub-paragraph (a) above, the co-operation procedure shall apply.

(b) Dans les autres cas de codécision prévus par la Loi, ainsi que dans les cas où la codécision n'est pas applicable en vertu des dispositions de la deuxième phrase de l'alinéa (a) ci-dessus, la procédure de coopération est applicable.

(c) Die im Mitbestimmungsverfahren vorgesehene Einigungsstelle besteht je aus einem von der obersten Dienstbehörde und von der bei ihr bestehenden zuständigen Betriebsvertretung bestellten Beisitzer sowie aus einem unparteiischen Vorsitzenden, auf dessen Person sich beide Teile einigen. Kommt eine Einigung über die Person des Vorsitzenden nicht zustande, so bestellt ihn der Generalsekretär der Nordatlantikvertrags - Organisation. Die oberste Dienstbehörde kann verlangen, daß die Mitglieder der Einigungsstelle zum Umgang mit Verschlußsachen ermächtigt sind.

(c) The conciliatory committee envisaged in the co-determination procedure shall consist of two members, one to be appointed by the highest service authority and one by the appropriate works council of that authority, as well as an impartial chairman to be agreed upon by both sides. If no agreement can be reached on the chairman, the appointment shall be made by the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organisation. The highest service authority may insist upon the members of the conciliatory committee being cleared to handle classified material.

(c) L'organisme de conciliation prévu par la procédure de codécision est composé de deux assesseurs, l'un désigné par l'autorité supérieure du commandement, l'autre par le conseil d'entreprise accrédité auprès de celle-ci, ainsi que d'un président neutre sur la personne duquel les parties se seront mises d'accord. Si un accord sur la personne du président n'est pas réalisé, ce dernier sera désigné par le Secrétaire Général de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord. L'autorité supérieure du commandement peut demander que les membres de l'organisme de conciliation possèdent l'habilitation d'accès aux documents classifiés.

Artikel 3

(1) Für Kündigungsschutzverfahren sowie für sonstige Klagen auf Feststellung oder auf Leistung aus dem Arbeitsverhältnis die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens anhängig geworden sind, bleiben die bisherigen Vorschriften maßgebend.

(2) Die Dauer der Amtszeit der bei Inkrafttreten dieses Abkommens bestehenden Betriebsvertretungen bleibt unberührt.

Article 3

1. The provisions applicable prior to the coming into force of this Agreement shall continue to apply to proceedings, instituted before the entry into force of this Agreement, to obtain protection against dismissal as well as to other actions for a declaratory judgment or for damages or specific performance arising out of the contract of employment.

2. The period of office of works councils existing at the date of entry into force of the present Agreement shall remain unaffected.

Article 3

1. Les dispositions actuellement en vigueur restent applicables aux instances fondées sur la protection contre les licenciements, ainsi qu' aux autres actions intentées en vue d'obtenir un jugement déclaratoire ou de déterminer une prestation découlant du contrat de travail, engagées avant l'entrée en vigueur du présent Accord.

2. La durée du mandat des conseils d'entreprise existant avant l'entrée en vigueur du présent Accord ne subit aucune modification.

Artikel 4

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung oder Genehmigung. Die Unterzeichnerstaaten hinterlegen die Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika; diese setzt jeden Unterzeichnerstaat über den Zeitpunkt der Hinterlegungen in Kenntnis.

(2) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

Article 4

1. This Agreement shall be subject to ratification or approval. The instruments of ratification or approval shall be deposited by the signatory States with the Government of the United States of America which shall notify each signatory State of the date on which the instruments are deposited.

2. This Agreement shall enter into force thirty days after the deposit of the last instrument of ratification or approval.

Article 4

1. Le présent Accord est sujet à ratification ou à approbation. Les instruments de ratification ou d'approbation seront déposés par les Etats signataires auprès du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, qui notifiera la date de ces dépôts à chaque Etat signataire.

2. Le présent Accord entrera en vigueur trente jours après le dépôt du dernier instrument de ratification ou d'approbation.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 21. Tage des Monats Oktober 1971, in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt wird; diese übermittelt jedem Unterzeichnerstaat eine beglaubigte Abschrift.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned Representatives duly authorized thereto have signed this Agreement.

DONE at Bonn, this twenty-first day of October 1971, in the German, English and French languages, all three texts being equally authentic, in a single original, which shall be deposited in the archives of the Government of the United States of America, which shall transmit a certified true copy to each signatory State.

EN FOI DE QUOI, les représentants soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

FAIT à Bonn, le vingt-et-unième jour du mois d'octobre 1971, en langues allemande, anglaise et française, les trois textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique; ce dernier remettra une copie certifiée conforme à chacun des Etats signataires.

Für das Königreich Belgien
For the Kingdom of Belgium
Pour le Royaume de Belgique
Constant Schuurmans

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Pour la République fédérale d'Allemagne
Paul Frank

Für die Französische Republik
For the French Republic
Pour la République Française
Jean Sauvagnargues

Für Kanada
For Canada
Pour le Canada
Gordon Gale Crean

Für das Königreich der Niederlande
For the Kingdom of the Netherlands
Pour le Royaume des Pays-Bas
J. A. Beelaerts van Blockland

Für das
Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
For the
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Pour le
Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
Brooks Richards

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
Pour les Etats-Unis d'Amérique
Kenneth Rush

Denkschrift

Allgemeines

Die Rechtsstellung der in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte der NATO-Mitgliedsstaaten wird durch das NATO-Truppenstatut (NTS) vom 19. Juli 1951 und das zwischen der Bundesrepublik und den sechs Entsendestaaten am 3. August 1959 abgeschlossene Zusatzabkommen (ZA) bestimmt (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1183, 1218). Artikel IX Abs. 4 NTS und Artikel 56 ZA nebst dem Unterzeichnungsprotokoll zu Absatz 9 des Artikels 56 (UP) regeln die rechtlichen Beziehungen zwischen den Stationierungsstreitkräften und ihren Arbeitnehmern. Entsprechend dem in Artikel IX Abs. 4 NTS niedergelegten Grundsatz geht Artikel 56 ZA von der Geltung des für die zivilen Bediensteten der Bundeswehr maßgebenden deutschen Rechts aus. Artikel 56 schränkt jedoch die Anwendung des deutschen Arbeitsrechts auf gewissen Gebieten ein.

Bereits bei der Verabschiedung des Vertragsgesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen am 4. Mai 1961 hat der Deutsche Bundestag der Bundesregierung empfohlen, sich in neuen Verhandlungen mit den Entsendestaaten um eine weitere Angleichung der Rechtsstellung der Arbeitnehmer der Stationierungsstreitkräfte an das deutsche Recht zu bemühen (Drucksachen III/2146 und 2699). Die Bundesregierung war jedoch zunächst an die Sperrfrist des Artikels 82 (b) ZA gebunden. Mit Zustimmung der Entsendestaaten hat sie diesen kurz vor Fristablauf — im Mai 1966 — ihre Vorschläge für eine Änderung des Artikels 56 ZA und des UP unterbreitet. Die anschließenden Verhandlungen erwiesen sich als außerordentlich schwierig. Es mußte ein Ausgleich zwischen den Forderungen der Arbeitnehmer nach uneingeschränkter Geltung des deutschen Rechts und den hiergegen von den Entsendestaaten geltend gemachten militärischen Belangen gefunden werden.

Das am 21. Oktober 1971 in Bonn unterzeichnete Abkommen zur Änderung des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (Änderungsabkommen) bedeutet nach Auffassung der Bundesregierung einen im Vergleich zur bisherigen Regelung beträchtlichen Fortschritt.

Besonderes

I.

Der Artikel 56 ZA und das Unterzeichnungsprotokoll in der Fassung des neuen Abkommens sehen Abweichungen vom Grundsatz der uneingeschränkten Anwendung des deutschen Arbeits- und Personalvertretungsrechts nur noch in folgenden Fällen vor:

1. Abweichung vom deutschen Arbeitsrecht

   a) Nach Artikel 56 Abs. 1 c ZA steht den Arbeitnehmern ein Recht auf tatsächliche Beschäftigung — unbeschadet ihres Anspruchs auf Entlohnung — nicht zu.

      Die Entsendestaaten sahen sich nicht in der Lage, dem Vorschlag der Bundesregierung auf Streichung dieser Vorschrift zuzustimmen. Maßgebend hierfür waren militärische Notwendigkeiten. In der Praxis hat die Vorschrift bisher bereits keine Rolle gespielt; sie enthält für die Arbeitnehmer auch keine finanziellen Nachteile.

   b) Nach Artikel 56 Abs. 2 ZA in seiner bisherigen Fassung konnten die Streitkräfte die Weiterbeschäftigung eines gekündigten Arbeitnehmers auch dann ablehnen, wenn die Kündigung von einem deutschen Gericht für Arbeitssachen für rechtsunwirksam erklärt worden war. Für diesen Fall hatte das Arbeitsgericht einen Abfindungsbetrag festzusetzen.

      Nach der Neufassung des Artikels 56 Abs. 2 (Änderungsabkommen Artikel 1 Nr. 2) können die Streitkräfte die Weiterbeschäftigung eines nach Feststellung eines deutschen Gerichts für Arbeitssachen rechtsunwirksam gekündigten Arbeitnehmers nur dann noch ablehnen, wenn die oberste Dienstbehörde der Streitkraft gegenüber dem Prozeßgericht in einer festgelegten Frist erklärt, daß der Weiterbeschäftigung „besonders schutzwürdige, militärische Interessen" entgegenstehen.

      Die Vorschrift ist in der Vergangenheit von den Streitkräften ganz selten in Anspruch genommen worden; sie dürfte auf Grund der wesentlichen Eingrenzung des Ausnahmetatbestandes in Zukunft kaum noch von Bedeutung sein.

      Für Mitglieder der Betriebsvertretungen durfte schon bisher und darf auch in Zukunft von der vorstehenden Ausnahmeregelung der Auflösung des Arbeitsverhältnisses entgegen Gerichtsbeschluß kein Gebrauch gemacht werden.

2. Abweichungen vom deutschen Personalvertretungsrecht

   a) Die im Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 56 Abs. 9 ZA bisher enthaltenen Abweichungen von dem für die zivilen Bediensteten der Bundeswehr geltenden Personalvertretungsrecht hinsichtlich

der Bildung von Gesamtbetriebsvertretungen, der Wahl von Hauptbetriebsvertretungen,	UP Abs. 2 Satz 1 und 2
der Mitgliederzahl der Stufenvertretungen, der Bestellung des Wahlvorstandes,	UP Abs. 3 Satz 2 und 3
der Voraussetzungen für die Wählbarkeit zur Betriebsvertretung,	UP Abs. 4
der Amtszeit der Betriebsvertretungen	UP Abs. 5

entfallen in Zukunft (Änderungsabkommen Artikel 2 Nr. 2, 3, 4 und 5).

b) Mit der Neufassung des Absatzes 6 (alter Absatz 7) des UP (Änderungsabkommen Artikel 2 Nr. 7) wird der bisherige Ausschluß jeglichen Mitbestimmungsrechts der Betriebsvertretung beseitigt. Die Neufassung sieht eine Mitbestimmung der Betriebsvertretung jedoch nur in einigen ausdrücklich genannten Fällen vor. Für einige dieser Fälle gilt außerdem der Vorbehalt, daß nicht zwingende Gründe der Erfüllung der Verteidigungspflichten der Truppe entgegenstehen. Hierüber entscheidet im Streitfalle die oberste Dienstbehörde der Streitkraft.

Für die Besetzung der im Mitbestimmungsverfahren vorgesehenen Einigungsstelle wurde in Absatz 6 c eine eigene Regelung vereinbart.

Abgesehen davon verbleibt es nach Absatz 6 b der Neufassung des UP im Grundsatz auch in Zukunft bei einer Mitwirkung der Betriebsvertretung.

Die Entsendestaaten glaubten im Hinblick auf militärische Belange nicht in der Lage zu sein, einer weitergehenden Übernahme der Mitbestimmungsregelungen des Personalvertretungsgesetzes zustimmen zu können.

3. Übergangsregelungen

Soweit die Umstellung auf das neue Recht durch besondere Überleitungsbestimmungen zu regeln war, sind diese in Artikel 3 des Änderungsabkommens zusammengefaßt.

II.

Neben der Beseitigung der die Anwendung des deutschen Arbeits- und Personalvertretungsrechts einschränkenden Bestimmungen des Artikels 56 ZA sowie des UP hatten die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften auch die Streichung des Absatzes 1 f des Artikels 56 ZA gefordert. In Übereinstimmung mit dem deutschen innerstaatlichen Recht besagt diese Bestimmung, daß die Tätigkeit bei den Stationierungsstreitkräften kein deutscher öffentlicher Dienst ist.

Die Arbeitnehmer verbanden mit der Forderung auf Streichung dieser Vorschrift die Erwartung, damit alsbald zu einer besseren sozialen Sicherung zu kommen, etwa durch Übernahme in den deutschen öffentlichen Dienst oder die Begründung von Unterbringungsansprüchen gegen deutsche öffentlich-rechtliche Arbeitgeber. Da diese Vorstellungen nicht zu verwirklichen wären, mußte die Bundesregierung diese Forderung ablehnen. In Anerkennung des berechtigten Anliegens einer Verbesserung der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer wurde mit den Gewerkschaften Einvernehmen erzielt, diese Frage durch einen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Gewerkschaften abzuschließenden Tarifvertrag zu regeln.

Am 31. August 1971 ist zwischen dem Bund und den Gewerkschaften der Tarifvertrag zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen worden. Der Tarifvertrag ist im Ministerialblatt des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Finanzen — 1971 Nr. 30 S. 669 veröffentlicht.

Der Vertrag befaßt sich mit der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer für den Fall ihrer Entlassung infolge organisatorischer Umgruppierungen der verbündeten Streitkräfte, sofern sie aus militärischen Gründen erfolgen. Die auf diesen Entlassungstatbestand bezogenen Vereinbarungen des Vertrages sehen Maßnahmen und Leistungen vor, die dem betroffenen Personenkreis die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß erleichtern sollen. Sie sind allen Arbeitnehmern zugänglich, soweit sie im Zeitpunkt ihrer Entlassung die vertraglichen Voraussetzungen erfüllen. Für Arbeitnehmer, die nach längerer Beschäftigungszeit bei den Streitkräften und in vorgerücktem Alter ihren Arbeitsplatz wechseln müssen, sind Überbrückungsbeihilfen vereinbart. Hierdurch sollen im Zuge der Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß — insbesondere für ältere Arbeitnehmer — auftretende soziale Härten gemindert werden. Die Ansprüche der Arbeitnehmer nach diesem Vertrag richten sich gegen den Bund; die Durchführung des Tarifvertrages ist der Verteidigungslastenverwaltung der Länder übertragen.

Mit diesem Tarifvertrag hat die Bundesregierung das Problem der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften einer Regelung zugeführt, die alle Beteiligten zufriedenstellt.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Die Eingangsworte sind wie folgt zu fassen:

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:"

Begründung

Die Zustimmung des Bundesrates ist erforderlich, weil das Zusatzabkommen vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1183, 1218), das durch das vorliegende Abkommen geändert werden soll, mit Zustimmung des Bundesrates ratifiziert worden ist.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Die Bundesregierung vertritt in ständiger Praxis die Auffassung, daß ein Gesetz nicht schon deshalb der Zustimmung des Bundesrates bedarf, weil es ein Gesetz ausdrücklich ändert, das mit Zustimmung des Bundesrates ergangen ist. Die Zustimmung ist vielmehr nur dann erforderlich, wenn das Änderungsgesetz selbst einen Tatbestand erfüllt, der die Zustimmungsbedürftigkeit auslöst. Entsprechendes gilt für ein Vertragsgesetz zu einem Änderungsabkommen, wenn das Vertragsgesetz zu dem geänderten Abkommen seinerzeit mit Zustimmung des Bundesrates ergangen ist. Das vorliegende Vertragsgesetz sowie das Abkommen vom 21. Oktober 1971 enthalten keine Vorschriften, die die Zustimmungsbedürftigkeit auslösen.